

TOP 4 der Sitzung des Ausschusses f. Soziales, Bildung und Kultur der Stadt Übach-Palenberg am 14.11.2013

Sozialmonitoring

Sozialfachliches Instrument für eine ziel- und wirkungsorientierte Steuerung des demographischen und sozialen Wandels

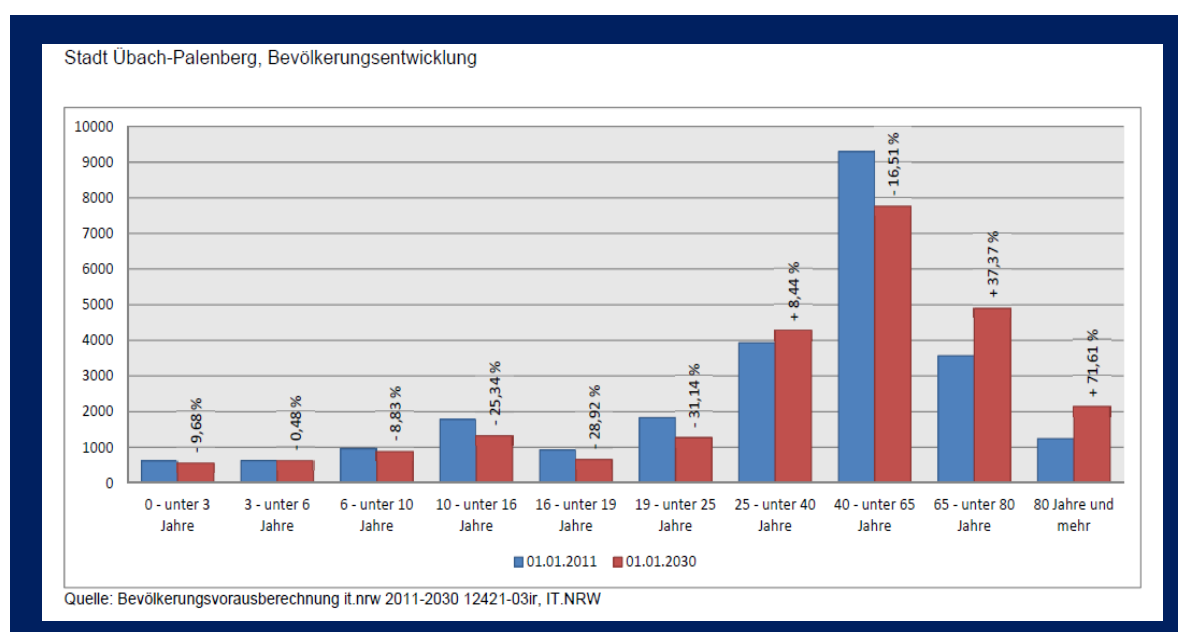
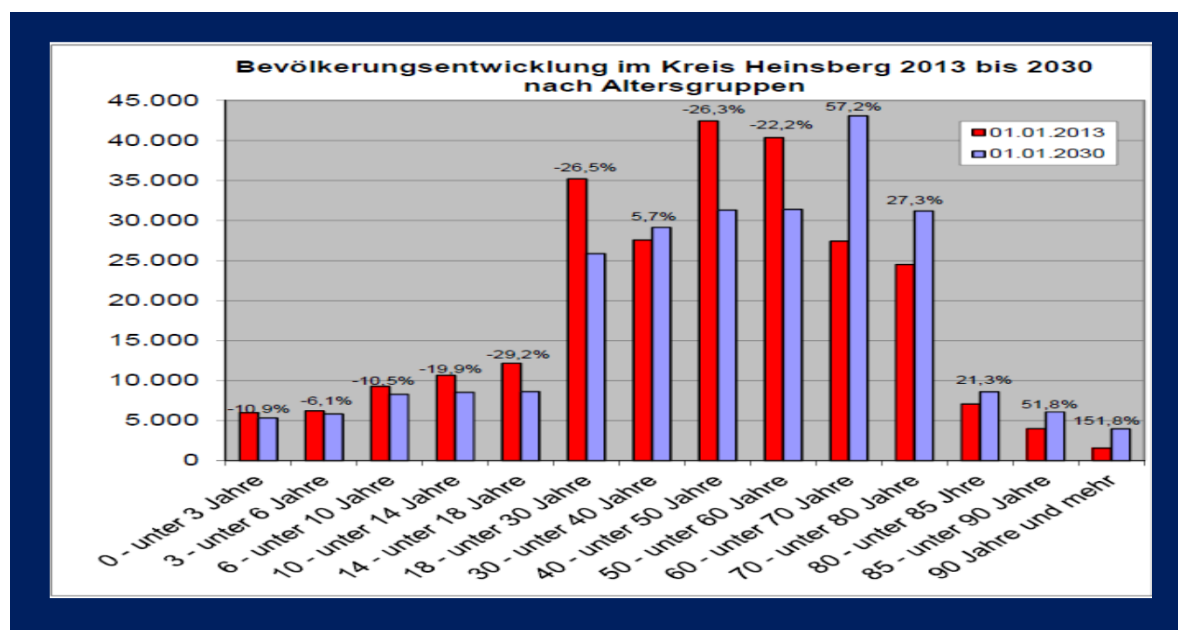
KREIS HEINSBERG

Stabsstelle Demografischer Wandel
und Sozialplanung & Kreisjugendamt

Demografische Trends

Der soziale und demografische Wandel setzt sich ungebremst fort ...

- Geburtenrückgang
- Sinkende Bevölkerungszahl
- Steigende Lebenserwartungen
- Sinkende Haushaltsgröße bei steigender Zahl der Privathaushalte
- Multiethnische Gesellschaft durch Zuwanderung



Sozialer Wandel

Der soziale und demografische Wandel setzt sich ungebremst fort

- Die Unterstützung innerhalb der Familie wird weiter abnehmen;
- die Erwerbstätigkeit der Frauen wird steigen;
- die Individualisierung und die Pluralisierung der Lebensstile wird weiter zunehmen;
- die soziale Polarisierung der Bevölkerung nimmt weiter zu;
- die Zahl der Menschen mit Migrationshintergrund wird weiter wachsen.

Die Rolle kommunaler Sozialpolitik (DStGB)

- Kommunale Sozialpolitik ist nicht Ausfallbürge unzureichender vorgelagerter Sicherungssysteme; sie sollte primär als Ziele verfolgen:
- Stärkung des eigenverantwortlichen Handelns des Einzelnen,
- Übernahme von Verantwortung für Mitmenschen fördern,
- sie dient den Teilhabechancen und der Chancengerechtigkeit der Einwohnerinnen und Einwohner.

Die Rolle kommunaler Sozialpolitik (DStGB)

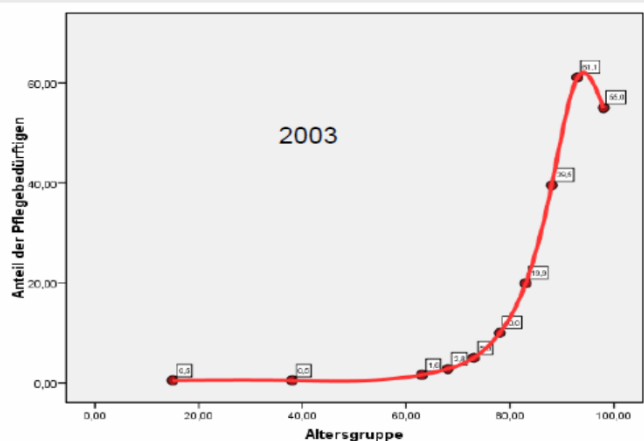
Instrumente zur Zielverfolgung:

- Kontinuierliche Sozialberichterstattung
- Sozialplanung als Querschnittsfunktion ausbauen
- Einbeziehung sozialer Aspekte in alle wesentlichen Planungsprozesse (integrierte Stadtentwicklung)

Welche Anforderungen sind an die zukünftige
Altenhilfe- und Pflegeplanung zu stellen?

Altersspezifische Wahrscheinlichkeiten für Pflegebedürftigkeit

altersspezifische Wahrscheinlichkeiten für Pflegebedürftigkeit

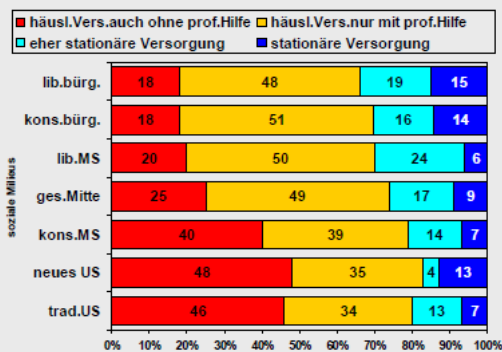


Ist mit einer Änderung der Prävalenzraten zu rechnen?

SOEP-Auswertung:
sinkende
Wahrscheinlichkeit für
Pflegebedürftigkeit?

Quelle: Blinkert, B.: Pflege als soziales Schicksal. Die Zukunft der Pflege im demografischen Wandel, Freiburg 2008)

1. Präferenzen - stationäre oder häusliche Versorgung („pflegekulturelle Orientierungen“)

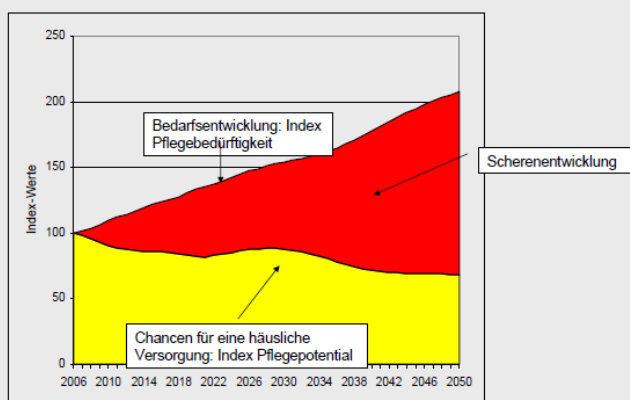


Die Präferenz für eine häusliche Versorgung ist in den Milieus am größten, die in der Vergangenheit am stärksten an Bedeutung verloren haben - künftige Entwicklung?

Quelle: Annaberg-Unna-Studie

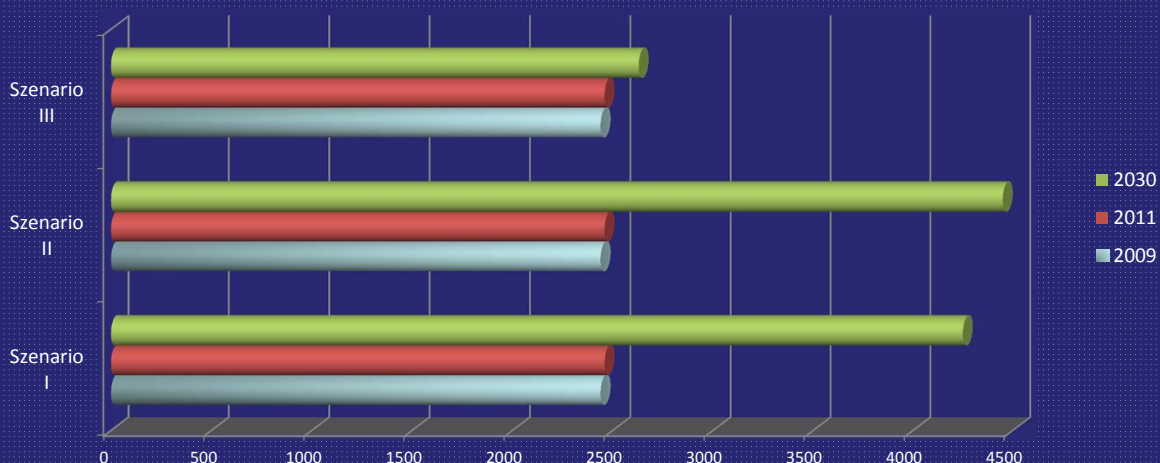
Quelle: Blinkert, B.: Pflege als soziales Schicksal: Die Zukunft der Pflege im demografischen und sozialen Wandel, Freiburg 2008

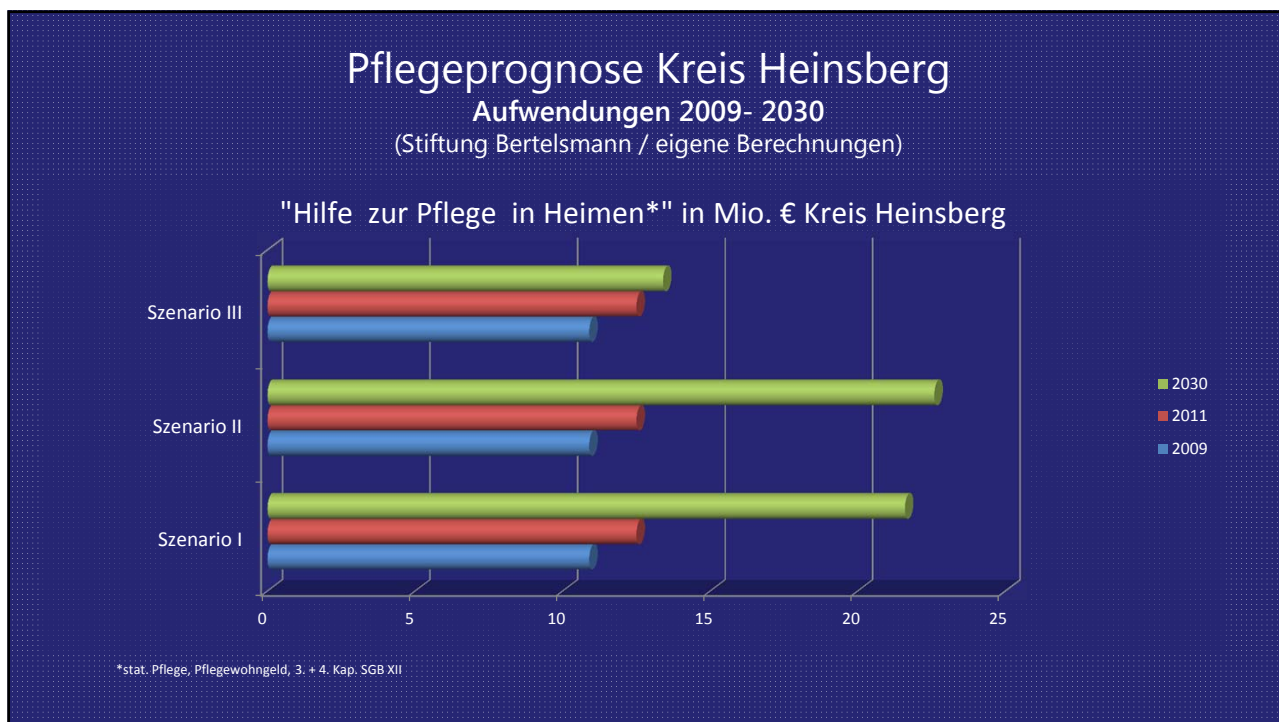
Die Entwicklung von Bedarf und Chancen im demographischen und sozio-kulturellen Wandel
Schätzwerte für die Entwicklung von 2006 bis 2050



Quelle: Blinkert, B.: Pflege als soziales Schicksal: Die Zukunft der Pflege im demografischen und sozialen Wandel, Freiburg 2008

Pflegeprognose Kreis Heinsberg
Stationär versorgte Pflegebedürftige 2030
(Stiftung Bertelsmann / eigene Berechnungen)





**Neue Ansprüche an die Altenhilfe- und Pflegeplanung
aufgrund der Änderung gesetzlicher
Rahmenbedingungen**

**Entwurf GEPA NRW
(APG NRW, WTG NRW)**

Gesellschaftliche Herausforderung

Teilhabe, Selbstbestimmung und ein selbstbestimmtes Leben aller Menschen in der Mitte unserer Gesellschaft ermöglichen und sicherstellen.

Lösungsweg „Quartiersentwicklung“

- In der Quartiersgestaltung geht es um inklusive, kultursensible und generationengerechte Quartiersentwicklung als Teil einer integrierten Stadt- und Gemeindeentwicklung.

Die Lösung liegt im Quartier! Masterplan altengerechte Quartiere.NRW

- Handlungsfeld „Wohnen“
- Handlungsfeld „Sich versorgen“
- Handlungsfeld „Sich einbringen“
- Handlungsfeld „Gemeinschaft erleben“

Zentrale Fragestellungen bei der Quartiersentwicklung

- Wie können Hilfe- und Pflegeangebote im normalen Wohnungsbestand organisiert werden?
- Wie ist ein Verbleib im vertrauten Wohnquartier auch bei erhöhtem Pflegebedarf möglich?
- Wie baue ich tragfähige soziale Netzwerke auf, die im Bedarfsfall Unterstützung leisten?
- Wie können ehrenamtliche und nachbarschaftliche Hilfen mobilisiert werden?

Welche Anforderungen sind an die zukünftige Jugendhilfeplanung zu stellen?

Anforderungen an die Jugendhilfeplanung

- Welche Auswirkungen haben die Veränderungen im Bevölkerungsbestand auf die Angebote der Jugendhilfe?
- Wie können Gelegenheitsstrukturen eröffnet werden, die nicht mehr von selbst entstehen können?
- Wie wird Gleichaltrigengesellung und –erfahrung ermöglicht?
- Wie kann die Vereinzelung von Jugendlichen verhindert werden?
- Das aufkommende Thema des Rückbaus von bereits geschaffenen Infrastrukturen für Kinder und Jugendliche birgt Konfliktpotenzial in sich und bedarf einer evidenzbasierten Zukunftsstrategie.
- Welche Wohnumfeldbedingungen sind erforderlich, um die Entwicklung von Kindern und Jugendlichen positiv zu gestalten?
- Wie können Jugendliche das gesellschaftliche Leben zukünftig mitgestalten?

Anspruch der Jugendhilfeplanung nach § 80 KJHG

Als wesentliche Anforderungen an eine offensive, an der Lebenswelt der Betroffenen orientierten, die strukturbedingten Problemlagen einbeziehende Jugendhilfeplanung werden zusammenfassend genannt:

- Sozialraumorientierung,
- Lebensweltorientierung,
- offene Prozessplanung,
- Einmischung,
- fach-/politischer Diskurs,
- Beteiligung

(Gläss, Holger, Herrmann, Franz, 1999)

Was ist anders an sozialraumorientierter Jugendhilfe?

- Abkehr vom Denken in Fällen
- Frühe Hilfen kleinräumig anbieten
- Engmaschige Verzahnung der Jugendhilfe mit der örtlichen Ebene
- Einbeziehung lokaler Netzwerke
- Hilfebedarfe bereits in ihren Anfängen erkennen
- Frühes Agieren statt Re-agieren
- Kooperation mit den Verantwortungsträgern aus Politik, Kirche, örtlichen Institutionen, Selbsthilfegruppen sowie Ehrenamtlichen
- Sozialraumorientierte Jugendhilfe entwickelt sich tendenziell vom Fall zum Feld (ggf. fallübergreifend und fallunspezifisch)
- Weitet den Blick für die Zusammenhänge lokaler Problemlagen
- Schafft Strukturen für Lösungsmöglichkeiten auf lokaler Ebene mit geteilten Verantwortlichkeiten

Finanzielle Ressourcen wirtschaftlich einsetzen

- **Wirtschaftliche Alternative zu stationären Maßnahmen sind ambulante und auf das Familiensystem gerichtete Hilfen**
- **Erziehungsfähigkeit der Eltern wieder herstellen bzw. erhalten.**
- **Einbeziehung der betroffenen Menschen und ihr Umfeld in die Planung und Umsetzung der Hilfe**
- **Erhaltung und Weiterentwicklung der ambulanten Unterstützungsangebote in Wohnortnähe**

FAZIT

„Zur Steuerung der sozialen Infrastruktur und eines wirkungsvollen Mitteleinsatzes sowie zur Vermeidung von Fehlentwicklungen in einzelnen Sozialräumen bedarf es der Weiterentwicklung der sozialfachlichen Instrumente zu einer kontinuierlichen Sozialberichterstattung“.

StGB NRW-Leitbild kommunaler Sozialpolitik, 04.04.2007

Eintritt in die Umsetzungsphase der Sozialberichterstattung & Quartiersentwicklung

- **Politische Auftrag zur Sozialraum-/Quartiersbildung sowie Aufbau eines Sozialmonitorings im Kreisgebiet** (Kreistagsbeschluss v. 16.5. 2013)
- **Kontinuierliches kreisweites Sozialmonitoring ab dem 01.01.2014**

Sozialraumorientierung/-bildung

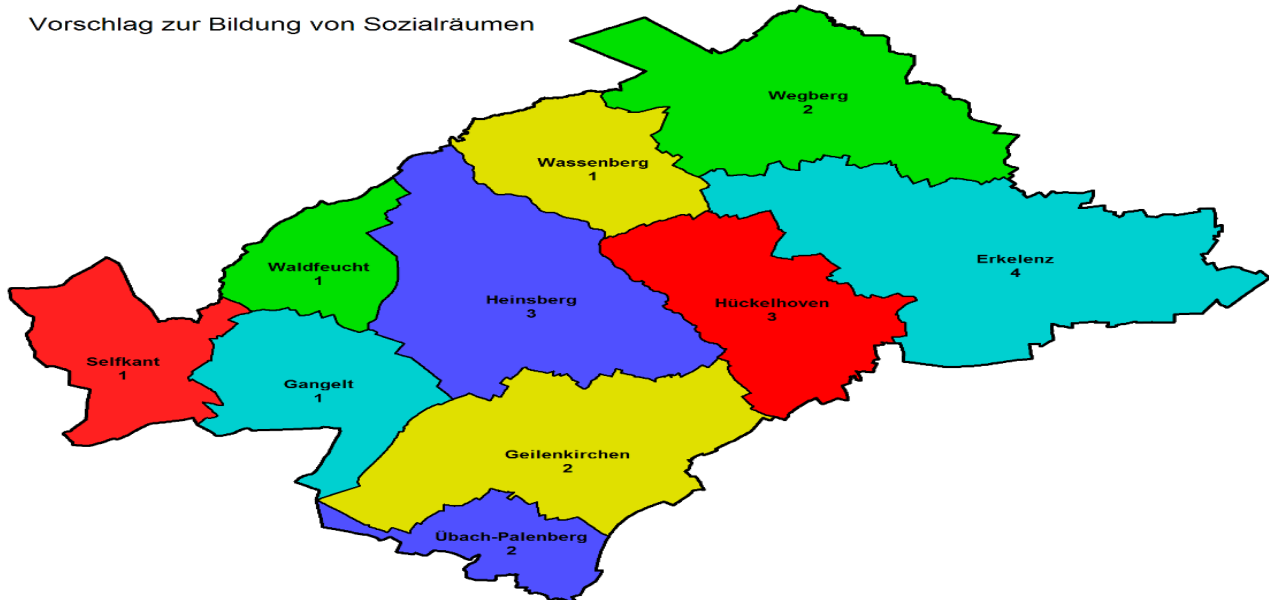
- ein erforderlicher Zwischenschritt -

Maßnahmenkatalog:

- **Bildung von Sozialräumen/Quartieren** im Abstimmungsprozess zwischen den kreisangehörigen Kommunen und dem Kreis Heinsberg (ca. 20 Sozialräume).
- **Datenerfassung und -auswertung** auf der Sozialraum-/Quartiersebene.
- Schaffung der Voraussetzungen für die Einführung des Instrumentes **Sozialraumkonferenz**

Perspektiven (1)

Vorschlag zur Bildung von Sozialräumen



Was ist ein Quartier ?

Nach Galster (2001) können Quartiere anhand folgender Kriterien beschrieben werden:

- Bauliche Charakteristika, Infrastrukturen, Demographische Faktoren, sozialer Status der Bevölkerung, Umweltfaktoren, Erreichbarkeit etc.
- Sinnvolle wiss. **Definition:** „Quartier bezeichnet einen sozialen Raum, der kleiner ist als ein (administrativ abgegrenzter) Stadtteil, aber durchaus vielfältiger sein kann als ein Wohngebiet, das planungsrechtlich nur dem Wohnzweck dient“ (Alisch 2002, 60).

Was ist ein Quartier ?

Zusammengefasst weisen die unterschiedlichen Quartiersdefinitionen die Gemeinsamkeit auf, dass ein Quartier:

- **keine** fest definierte Größe hat, aber überschaubar ist (ein Dorf in der Stadt), auf räumlichen und kulturell-sozialen Gegebenheiten basiert (u.a. lokale Identität, hohe Interaktionsdichte, informelle Aktivitäten bspw. in Vereinen),
- sich durch eine eigenständige städtebauliche, infrastrukturelle und soziale Vielfalt auszeichnet und ebenso heterogen sein kann wie die Bewohnerschaft.

Prof. R. G. Heinze, Ruhr-Universität Bochum, 2013

Sozialmonitoring

Sozialmonitoring bezieht sich auf die kontinuierliche Beobachtung, Beschreibung und Bewertung von

- sozioökonomischen Lebensbedingungen,
- sozialen Problemlagen und
- Chancen gesellschaftlicher Teilhabe

in Sozialräumen.

Quelle: Reichwein, A., KGSt 2008

Indikatorentableau

Tabellenblätter zum Sozialmonitoring

4.1 Demografische Basisdaten

- 4.1.1 Bevölkerungsentwicklung
- 4.1.2 Anteil Altersgruppen an der Bevölkerung
- 4.1.3 Anteil Personen mit Migrationshintergrund
- 4.1.4 Geburten- / Sterbessaldo
- 4.1.5 Wanderungssaldo, Wanderungsvolumen
- 4.1.6 Haushalte nach Haushaltsgröße
- 4.1.7 Haushalte nach Anzahl der Kinder
- 4.1.8 Alleinerziehenden-Haushalte
- 4.1.9 Aging-Index
- 4.1.10 Greying-Index
- 4.1.11 Jugendquotient
- 4.1.12 Altenquotient
- 4.1.13
- 4.1.14
- 4.1.15

4.2 Einkommen- und Transferleistungen

- 4.2.1 Steuerpflichtiges Haushaltseinkommen
- 4.2.2 Wohngeld
- 4.2.3 Arbeitslosengeld II
- 4.2.4 Sozialgeld SGB II
- 4.2.5 GrSi (4. Kap. SGB XII)
- 4.2.6 HZL (3. Kap. SGB XII)
- 4.2.7 Leistungen nach dem AsylbLG
- 4.2.8 Niedrigverdiener
- 4.2.9 Bildungs- und Teilhabepaket (Finanzdaten)
- 4.2.10 Bildungs- und Teilhabepaket (Fallzahlen)
- 4.2.11
- 4.2.12

4.3 Arbeit

- 4.3.1 Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte
- 4.3.2 Registrierte Arbeitslose
- 4.3.3

4.4 Wohnen

- 4.4.1 Mietpreisniveau
- 4.4.2 Pro-Kopf-Wohnfläche
- 4.4.3 Wohndauer
- 4.4.4 Geförderter Wohnungsbau ab 2007
- 4.4.5

4.5 Erziehung und Bildung

- 4.5.1 Sprachkompetenz bei Schuleintritt
- 4.5.2 Schulabgänger bei Schulabschluss
- 4.5.3 Interventionen "Hilfe zur Erziehung"
- 4.5.4 Jugendgerichtshilfe (Falldichte)
- 4.5.5 Kindertagesstätten
- 4.5.6 Betreuung in OGS
- 4.5.7 Kinderspiel- / Bolzplätze
- 4.5.8 Freizeitangebote
- 4.5.9 Einrichtungen der offenen Jugendarbeit
- 4.5.10
- 4.5.11

4.6 Gesundheit

- 4.6.1 Vorsorgelevel Einschießer
- 4.6.2 Einschießer mit Übergewicht
- 4.6.3 Gesundheit und Sport (Kreissportbund)
- 4.6.4

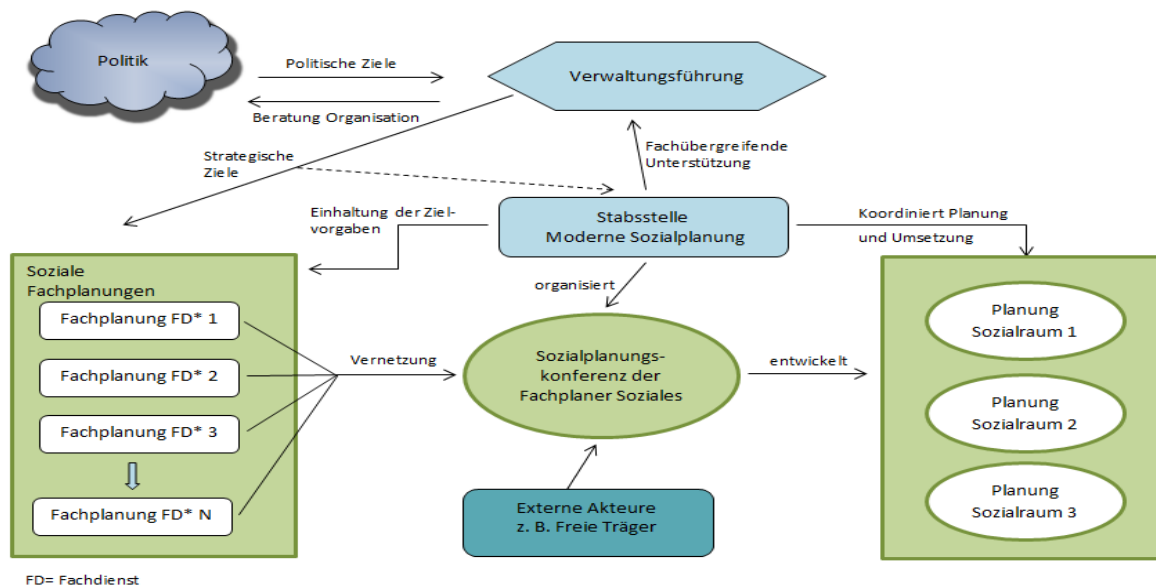
4.7 Partizipation und Teilhabe

- 4.7.1 Wahlbeteiligung an der Kommunalwahl
- 4.7.2
- 4.7.3

4.8 Sicherheit

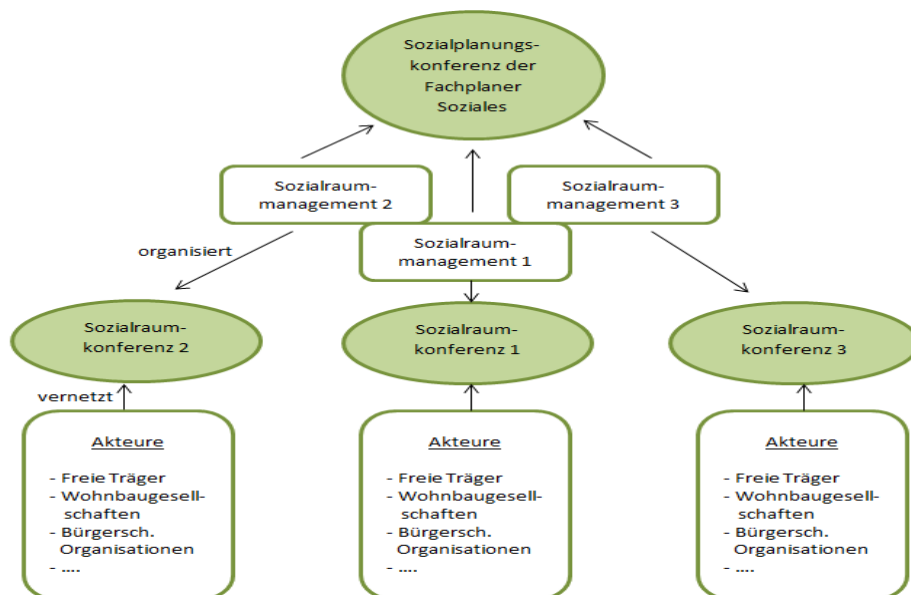
- 4.8.1 Straßenkriminalität (Tatort)
- 4.8.2 Tatverdächtige von Straßenkriminalität (Wohnsitz)
- 4.8.3

Perspektiven (2)



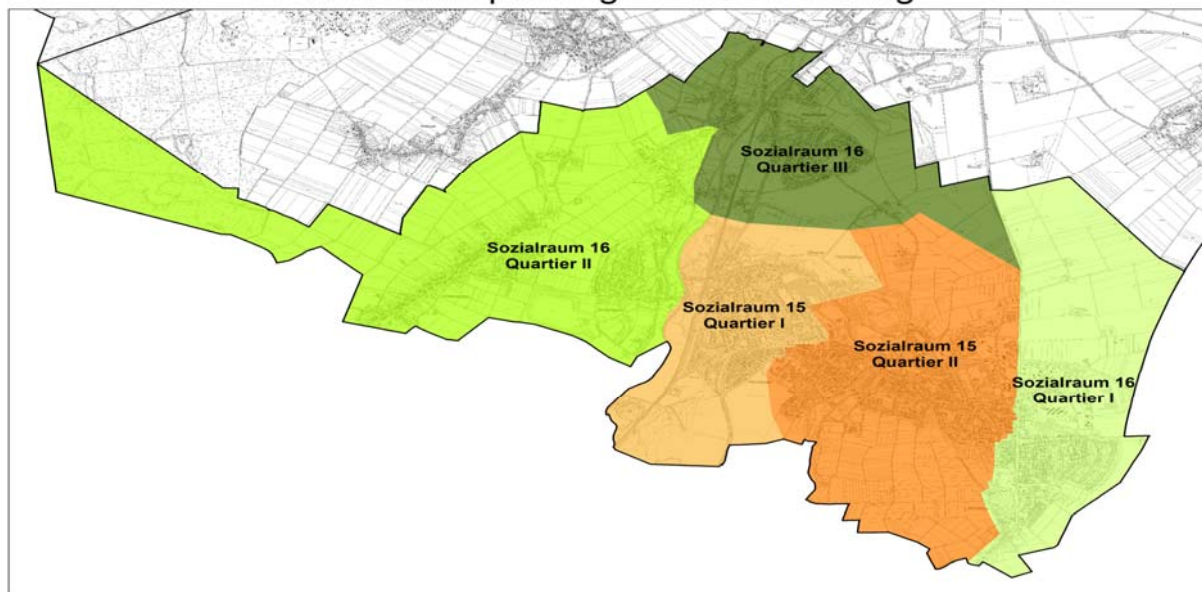
Quelle: Moderne Sozialplanung. Ein Handbuch für Kommunen. MAIS. Düsseldorf 2011

Perspektiven (3)

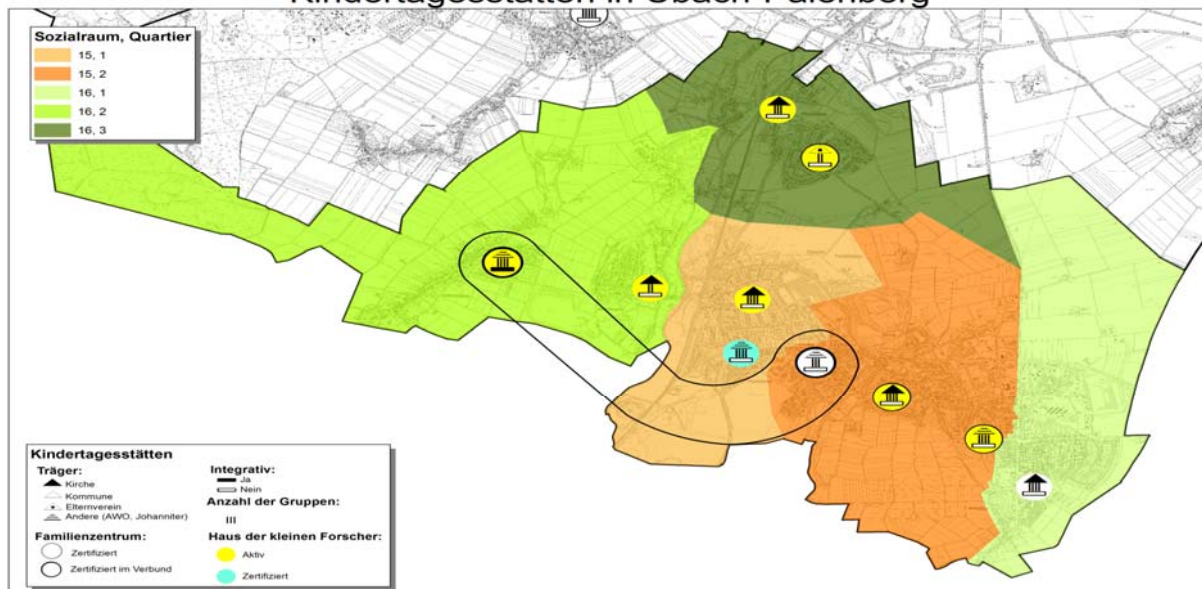


Quelle: Moderne Sozialplanung. Ein Handbuch für Kommunen. MAIS, Düsseldorf 2011

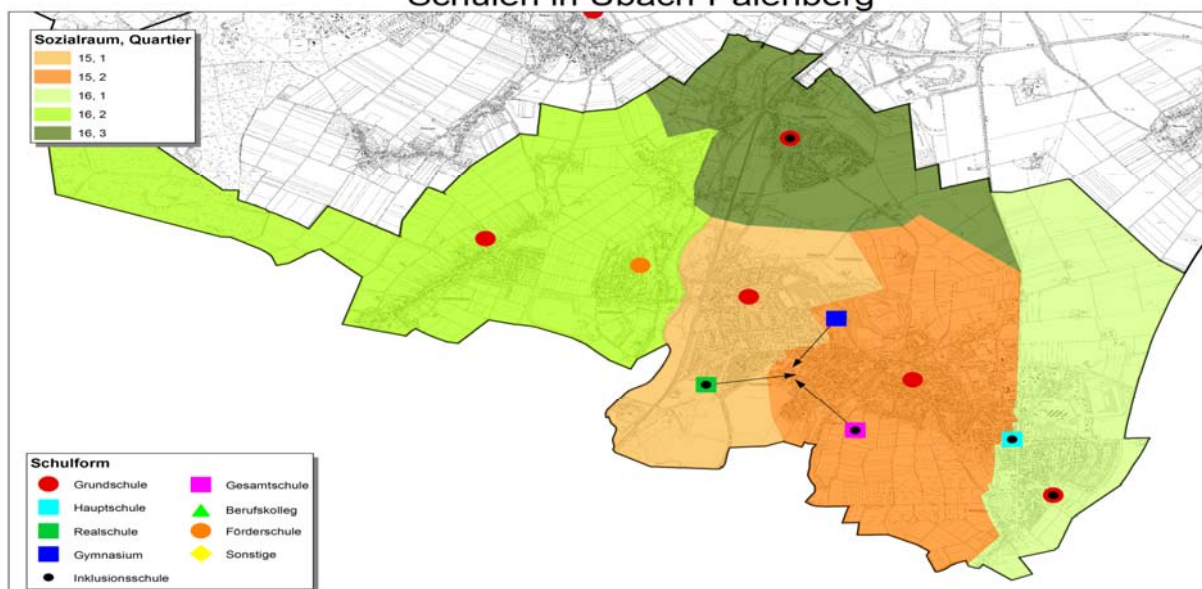
Sozialraumplanung Übach-Palenberg



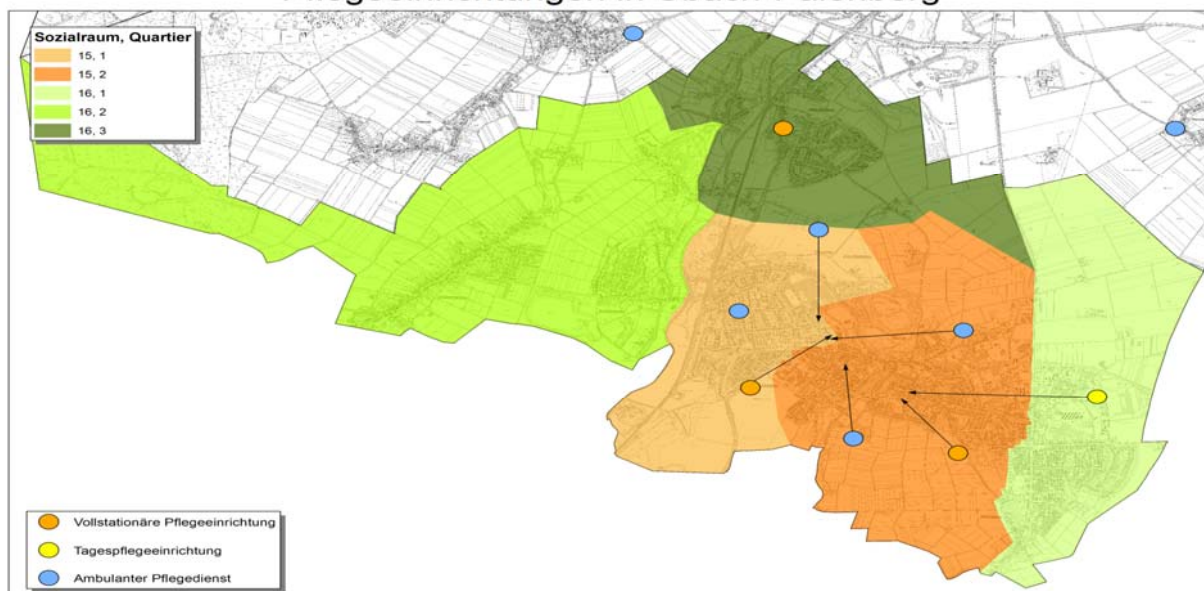
Kindertagesstätten in Übach-Palenberg



Schulen in Übach-Palenberg



Pflegeeinrichtungen in Übach-Palenberg



Die Vision:



Aus Datenfriedhöfen der Sozialplanung werden intelligente und effiziente Systeme zur proaktiven, punktgenauen Platzierung von wirksamen Angeboten.

Quelle: Reichwein, A., KGSt 2008

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit !

KREIS HEINSBERG

Stabsstelle Demografischer
Wandel und Sozialplanung &
Kreisjugendamt